

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Blümel“, „Stabsbeilage“, „Grußentworte“, „Der Kinbesfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Lehrling“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitige Konpartierung des 10 Pfennig Reichsmark 2.- Reichsmark „Kleine Anzeigen“ des letzten Monats 20 Pfennig gültig zwei teigebundene Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengebühr das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 63, wöchentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 203-207 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vorverkaufsstelle: Berlin 27536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Poststr. 63 Titelfont-Gesellschaft Postfach 10000

## Hungersnot in Nordchina.

### Die Folge des Bürgerkriegs. — Vier Millionen Menschen am Verhungern!

Peking, 28. Dezember (Reuter).

Europäer in Schantung bestätigen die Meldung der Gesellschaften zur Linderung der Hungersnot, daß vier Millionen Menschen nahe am Verhungern sind. In 35 Bezirken von den 107 Bezirken der Provinz Schantung sind weniger als 10 Proz. der Ernte tatsächlich eingebracht worden, in 30 anderen Bezirken zwischen 10 und 40 Proz. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt bereits von Baumrinde und Spreu. Der schlimmste Punkt ist noch nicht erreicht. Früher wohlhabende Bauern veräußerten ihre Viehbestände für geringfügige Beträge, um auszuwandern. Die Lokalbehörden geben der Dürre und dem Heuschreckenschwarm die Schuld an der Hungersnot; wie die Europäer erklären, ist sie aber hauptsächlich auf den Bürgerkrieg, das Banditentum und die drückende Besteuerung zurückzuführen. Es besteht keine Hoffnung, in China selbst ausreichende Geldmittel aufzubringen, um große Massen der Bevölkerung vor dem drohenden Tod zu retten.

Hilfe vom Ausland wird dringend gebraucht. Die Truppen und die Banditen verschärfen noch die Notlage im Hungerbezirk und machen es dabei unmöglich, großangelegte Hilfsmassnahmen unter ausländischer Leitung durchzuführen, wie etwa den Bau von Straßen und Kanälen. Unheilvolle Verhältnisse herrschen in Tamingfu im südlichen Tschili, wo nur 20 Proz. der Ernte eingebracht werden konnten.

### Der Terror in Kanton.

London, 28. Dezember.

„Times“ meldet aus Hongkong, daß General Kischotsum mit den Kwangsi-Truppen Samschau genommen hat und gegen Kanton vorrückt. In Kanton selbst hätten sich einige Unruhen ereignet. Dreißig angebliche Bolschewisten, zum größten Teil Frauen, wurden verhaftet und hingerichtet.

## Wann wird gewählt?

### Die Angstpsychose der Rechten.

Schon vor einigen Wochen hat der „Vorwärts“ die sachlichen Gründe dargelegt, aus denen mit einer Wahrscheinlichkeit, die an Gewißheit grenzt, Frühjahrswahlen zum Reichstag zu erwarten sind. Nun ist in der Presse eine neue Diskussion über den Wahltermin entstanden. Sie ist veranlaßt durch die Behauptung der „Welt am Montag“, daß zwischen Stresemann und Briand eine Vereinbarung über die Wahltermine getroffen worden sei, wonach auch in Deutschland wie in Frankreich die Wahlen im Frühjahr vorgenommen werden sollten.

Auf diese Nachricht hin stieß die „Kreuzzeitung“ einen furchtbaren Angstschrei aus. Sie verschanzte sich hinter die „nationale Würde“ und versicherte, es sei unwürdig, die deutschen Wahlen von den französischen abhängig zu machen. Sofort sprang ihr auch der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei, Herr Scholz, bei, der in den „Berliner Stimmen“ erklärte, eine vierjährige Wahlperiode sei sowieso schon sehr kurz, und er sehe keinen Grund, die Wahlen vor Ende 1928 oder Anfang 1929 vorzunehmen.

Nun meldet sich auch die „Tägliche Rundschau“ und, wie man annehmen darf, durch sie Herr Stresemann zum Wort, um zu erklären:

Von irgendwelchen Vereinbarungen kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Ansetzung des Neuwahltermines von dem Willen des Reichsaussenministers in keiner Weise abhängig ist. Man kann höchstens von Auffassungen über die voraussichtliche Lebensdauer des Reichstages sprechen, Auffassungen, die ja bekanntlich verschieden sind. Es ist aber soviel sicher, daß der Reichstag unter allen Umständen zusammengehalten werden muß, bis der Haushaltsplan für 1928 verabschiedet ist. Es kann heute noch niemand wissen, ob diese Verabschiedung rechtzeitig bis zum 1. April erfolgt, oder ob es, wie in früheren Jahren, darüber hinaus noch wochenlang dauert, bis der Haushaltsplan erledigt ist. Selbst wenn man also der Ansicht wäre, der Reichstag könne nach der Verabschiedung des Etats nicht mehr lange lebensfähig sein, selbst dann ließe sich ein Neuwahltermin auch nicht mit annähernder Sicherheit voraussagen.

Die Erklärung, daß in Genf über den Wahltermin keine „Vereinbarungen“ getroffen worden sind, ist selbstverständlich korrekt. Nicht bestritten aber wird von der „Täglichen Rundschau“, daß Briand und die französische Linke auf ihren Sieg bei den Wahlen rechnen und daß sie den lebhaftesten Wunsch haben, auch alsbald einen Deutschen Reichstag vor sich zu sehen, der ein anderes Gesicht hat als der gegenwärtige.

Es ist ein Unsinn, von „nationaler Würdelosigkeit“ zu sprechen, wenn man sich für Wahltermin und Wahlausgang beiderseits lebhaft interessiert. In Deutschland wünscht jedermann für Frankreich den Sieg der verständigungsberedten Linken. Daß diese Linke nach dem Sieg, den sie erhofft, in Deutschland es nicht gern mit einer Bürgerblockregierung zu tun haben möchte, ist doch ganz selbstverständlich.

Recht geben kann man der „Täglichen Rundschau“ darin, daß der Etat für 1928 noch verabschiedet werden muß. Der Reichstag wird sich die größte Mühe geben müssen, wieder einzuholen, was durch die Bummel der Regierung verfallen worden ist. Wie dann aber noch Schulvorlage, Strafgesetz und weiß Gott, was noch alles zwischendurch erledigt werden sollen, bleibt ein Rätsel.

Ist der Etat erledigt, wird man den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben müssen — nicht weil diese oder jene Partei es will, sondern weil das aus zwingenden sachlichen Gründen geschehen muß. Spätestens in der Zeit zwischen den französischen Neuwahlen und dem 1. September, an dem der Dawes-Plan mit voller Wirksamkeit in Kraft tritt, müssen die innerpolitischen Fragen bereinigt sein. In diese Zeit mit einer Regierung hineinzugehen, die zum Abbruch reif ist und an deren Fortbestand man nicht glaubt, wäre unverantwortlich. Darum müssen die Deutschnationalen und Herr Scholz, mag das Scheiden auch wehe tun, sich auf ein baldiges Ende dieses geliebten Reichstages gefaßt machen.

Ganz irrig ist die Annahme, die Sozialdemokratie verstehe sich auf den Frühjahrsstermin und sie tue das aus „parteilichem Gründen“. Die Sozialdemokratie als Partei hat gar keine Ziele. Jeder Monat Bürgerblock bedeutet für sie schätzungsweise zwei Mandate mehr bei den nächsten Wahlen. Danach kann sich jeder bequem ausrechnen, ein wie langes Leben sie dem Bürgerblock wünscht — soweit es auf „parteiliche Gründe“ ankommt. Nicht „parteiliche“, sondern staatspolitische Gründe zwingender Art sprechen für die Frühjahrswahlen. Darum richten wir uns auf sie ein.

### Poincaré und die Linksminister.

#### Sonderberatung über die allgemeine Regierungspolitik.

Paris, 28. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie der „Matin“ zu berichten weiß, hat Ministerpräsident Poincaré gestern nachmittag Briand, Herriot, Painlevé und Sarraut zu einer bedeutsamen Privatbesprechung zu sich geladen. Es handelt sich, wie die Zeitung meldet, um die Vorbereitung der für Januar angeordneten großen Diskussion über die allgemeine Politik der Regierung. Der Ministerpräsident habe es für notwendig gehalten, zunächst die Ansicht derjenigen seiner Minister einzuholen, die bei den Linksparteien eine besonders einflußreiche Stellung einnehmen. Dieser Wunsch sei allein dadurch gerechtfertigt, daß von der bevorstehenden Kammerdebatte eine große Rückwirkung auf den Wahlkampf und auch auf die Existenz des Kabinetts zu erwarten sei.

### Republikanisierung des Heeres.

#### In Mexiko.

Mexiko-Stadt, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat nach der Hinrichtung der aufständischen Generale Lucero und Bertoni die Haftentlassung aller unter dem Verdacht der Teilnahme an der jüngsten Militärrebellion verhafteten Offiziere angeordnet, während das bereits eingeleitete Prozeßverfahren weitergeht. Alle der Teilnahme verdächtigen Offiziere sind jedoch aus dem Heere ausgeschlossen worden. Von den Aufführern sind nur noch die Generale Alvarado, Medina und Aleman übrig. Jedoch hofft die Regierung, auch sie bald gefangen nehmen zu können. In diesem Fall dürften auch sie von dem Schicksal ihrer Komplizen ereilt werden.

## Futterkrippe! Futterkrippe!

### Oder schreie beizeiten!

Die Deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ schreit laut über „sozialdemokratische Futterkrippenwirtschaft“. In Sachsen. Sie regt sich auf, weil Fräulein Rosenhain, die Sekretärin des preußischen Ministers des Innern, zum Regierungsrat ernannt worden ist.

Zu Sachsen: dort hat eine Bürgerblockregierung systematisch die reaktionärsten und republikfeindlichsten Elemente in der Verwaltung verankert und eine Personalpolitik getrieben, die sich selbst neben der der gestürzten Stahlhelmregierung in Braunschweig sehen lassen konnte!

Zu Rosenhain: es schmerzt die Herren Deutschnationalen, daß für einen Junbling ihrer Befinnung, der keine Befähigung zum Regierungsrat durch fleißigen Besuch staats- und verfassungsfeindlicher Kollegs an deutschen Universitäten und durch eifriges Rühren um die Protektion der alten Herren seines Korps erworben hat, wieder eine Beförderungschance mehr dahin ist. Noch dazu durch eine Frau! Grund genug, daß sie die ganze Gemeinheit ihrer Befinnung gegen Regierungsrat Rosenhain austoben, noch dazu in einer Sprache, die eines Revolverblatts würdig wäre. Im übrigen: siehe unten.

Herr von Reudell und die Seinen haben im Reich energisch parteipolitisch bestimmte Personalpolitik getrieben. Damals schwiegen alle Mäuler, und von dem Wort Futterkrippe war weit und breit nichts zu sehen. Warum heute wieder das Geschrei? Weil die Deutschnationalen wissen, daß es mit ihrer Herrlichkeit nach den nächsten Wahlen aus ist. Deshalb schreien sie beizeiten!

### Deutschnationale Geheimmethoden.

Die Ernennung von Fräulein Käthe Rosenhain, seit 1919 Privatsekretärin dreier preussischer Innenminister, zur Regierungsrätin gibt der deutschnationalen Presse einmal wieder Gelegenheit, ihre schäbige Befinnung in hellstem Licht zu zeigen.

Häufig glaubt die „Deutsche Tageszeitung“ feststellen zu sollen, daß der Innenminister Bruns seine „Stenotypistin“ für ihre „herausragenden Kenntnisse in der Stenographie und auf der Schreibmaschine“ zur Regierungsrätin befördert habe. Nun können wir uns sehr wohl vorstellen, daß eine Stenotypistin mindestens ebenso intelligent ist, wie beispielsweise ein Regierungsassessor, an dem sich das Wunder vollzieht, daß er innerhalb weniger Monate zum Regierungsrat, Oberregierungsrat und Ministerialrat avanciert, — natürlich keinesfalls deswegen, weil er zufällig der Bruder des deutschnationalen Innenministers v. Reudell ist. Schließlich ist Zweck und Wesen der Demokratie, die Vorgesetzten aus den unteren Schichten zu fördern, nicht sie, wie das das alte System tat und die Reichswehr heute noch tut, von den Aufstiegsmöglichkeiten abzuschließen.

Im übrigen hat Fräulein Rosenhain die Soziale Frauenschule absolviert, noch unter dem alten System die Befähigung zur Wohlfahrtspflegerin erhalten und hat während des Krieges mehrere Jahre lang das Frauenreferat der Kriegsamtsstelle in den Marken innegehabt und in dieser Eigenschaft wesentlich an der Organisierung des weiblichen Hilfsdienstes in Lazaretten, Bureaus usw. mitgewirkt, wie ihr die unter dem alten System ausgestellten glänzenden Zeugnisse bestätigen.

Daß die Rechtspreffe Fräulein Rosenhain als Stenotypistin, die außer der Schreibmaschine nichts versteht, hinzustellen sucht, wundert uns bei dem Charakter dieser Gesellschaft nicht. Wenn aber die „Deutsche Zeitung“ mit Ausdrücken wie „Kassierwirtschaft“ usw. Reizidee ganz anderer Art für die Ernennung der Dame anzudeuten sucht, so stellt diese Bemerkung einen Rekord der Gemeinheit dar, der bei allem Gewöhnlichen notiert zu werden verdient.

### Gefinnungsterror gegen Geistliche.

#### Zum Kapitel: Militarismus und Kirche.

Vor nicht zu langer Zeit wurde ein Aufruf zur Bildung einer Gruppe antimilitaristischer Pfarrer veröffentlicht. Unter den Antwortern, die darauf eingingen, befand sich folgender Brief eines Geistlichen:

Ostbrien, den 19. November 1927.

Hochverehrter Herr Amtsbruder!

Unlängst las ich, daß sich auf Ihren Aufruf zur Bildung einer Gruppe antimilitaristischer Pfarrer aus ganz Deutschland bisher nur die aufs ganze gesehen überaus bescheidene Zahl von etwa 125 Pastoren gemeldet haben; ich möchte Ihnen schreiben, daß nach meiner ziemlich eingehenden Kenntnis der ostbrienschen Pastorverhältnisse die Zahl auch nicht annähernd die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt. Natürlich sind auch bei der hiesigen Pfarrerschaft die Kriegsgegner in der erdrückenden Mehrheit, aber doch gibt es hin und her eine nicht ganz kleine Zahl von solchen, die im Grunde ihres Herzens ehrliche Pazifisten sind. Warum aber kommen diese so wenig mit der Sprache heraus?





# Arbeiter und Befoldungsreform.

## Sind die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben Stiefkinder?

Die so stark umstrittene Befoldungsvorlage für die Beamten ist nunmehr Gesetz. Wenn auch berechtigende Wünsche der Beamten des unteren Dienstes zum Teil un erfüllt geblieben sind, so kann doch nicht bestritten werden, daß auch für sie eine — wenn auch nicht ausreichende — Erhöhung der Bezüge festgefunden hat. Dagegen sind die Arbeiter in den öffentlichen Körperschaften, deren Bezüge tief unter denen der Beamten liegen, zum Teil vollständig leer ausgegangen, obwohl seit der Währungsstabilisierung immer ein gewisses Verhältnis zwischen den Gehältern der Beamten und den Löhnen der Arbeiter in den öffentlichen Körperschaften bestand.

Am Dezember 1923 wurde das Anfangsdienstverhältnis für den Beamten der Befoldungsgruppe III Stufe 1, Ortsklasse A auf 846 M. jährlich und der Höchstlohn des ihm gleich zu bewertenden angelernten Arbeiters der Lohngruppe V im mittleren Lohngebiet auf 848 M. jährlich festgelegt. Am 1. Oktober 1927 hat derselbe Beamte ein Anfangsgehalt von 2034 M. jährlich und der gleiche Arbeiter im Osten ohne Ortszuschlag, aber mit Franzenszuschlag, ausschließlich der Sozialbeiträge,

einen Höchstlohn von rund 1500 M. jährlich.

Der Arbeiter ist also seit Dezember 1923 um rund 500 M. zurückgeblieben. Bei der Begründung der Befoldungsvorlage forderte der Reichsfinanzminister die Heranbringung der Beamtengehälter an die Friedensgehälter. Steht nicht dem Arbeiter das gleiche Recht zu?

Die Telegraphenarbeiter der Reichspost haben heute mit wenigen Ausnahmen nur 70 bis 80 Proz. ihrer Friedensrealbezüge; in Magdeburg, Halle, Erfurt, Hannover, Braunschweig usw. hatten die Telegraphenarbeiter vor dem Krieg 27 M. Wochenlohn; heute haben sie, ausschließlich der Sozialbeiträge, 20 M. pro Woche, das sind nur 3 M. mehr als in der Vorkriegszeit. Die Annäherung der Löhne an den Friedensstand war nur allzu berechtigt, trotzdem lehnte die Reichsregierung im Bund mit der Reichsbahn eine allgemeine Lohnserhöhung ab. Für die Erhöhung der Beamtenbezüge hatte die Reichsbahn 200 Millionen Mark übrig, für eine allgemeine Erhöhung der Arbeiterlöhne dagegen keinen Pfennig. Eine Weihnachtshilfe gab es auch nicht. Man spielte ein Resort gegen das andere aus, um die Arbeiter zu pressen. Ein gewisses und vorhangnisvolles Spiel, das sich eines Tages schwer rächen muß!

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion,

Hermann Müller, forderte am 24. November in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister

### Neuregelung der Arbeiterlöhne.

In seiner Antwort behauptete der Reichsfinanzminister, die Arbeiter hätten bereits ihren Friedensreallohn erreicht. Zur Begründung dieser Behauptung hat er allerlei Zahlen angeführt, deren Richtigkeit bereits in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 12. Dezember stark angezweifelt wurde. Vor allem wurden Widersprüche zwischen den Angaben des Reichsfinanzministers und denen des preussischen Finanzministers über die Annäherung der Gehälter an den Friedensstand festgestellt. Die Regierungsvorlage, z. B. Regierungsrat Dr. Reyer, verliert, diese Widersprüche damit zu erklären, daß der Reichsfinanzminister nur die Bezüge der Postkassierer und nicht die von anderen unteren Beamten angegeben habe. Das Wichtigste und Entscheidende — der Reichsfinanzminister hat das verschwiegen — ist, daß der Postkassierer mit zwei Kinderzulagen ein jährliches Anfangseinkommen von 2474 M. hat, wohingegen der Arbeiter mit der gleichen Kinderzahl ausschließlich der Sozialbeiträge nur ein Einkommen von 1670 M. hat. Der Arbeiter hat also rund 800 M. weniger im Jahre als der Beamte.

Zur dem Reichsfinanzminister dürfte bekannt sein, daß sich die Teuerung des dem niedrigsten Einkommen am stärksten auswirkt, und daß von Wochenlöhnen in Höhe von 30 bis 35 M., wie sie heute in den öffentlichen Betrieben einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern gezahlt werden,

### kein menschenwürdiges Dasein

geführt werden kann. Die Herren des Reichsfinanzministeriums wählten zwar die Notlage der Beamten in der überauspeinlichen Weise zu schildern, für die grenzenlose Notlage der Arbeiter dagegen fanden sie kein Wort. Diesmal konnten sich die Herren beim Reichsfinanzministerium noch hinter Formalitäten verbergen.

In drei Monaten sind die Lohnsätze abgelaufen; da muß von den Herren Farbe bekant werden. Sie müssen dann erklären, ob sie die Arbeiter weiter hungern lassen wollen. Die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben müssen sich daher schon jetzt zum Kampf vorbereiten, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen. Sie haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wer von ihnen auch jetzt noch nicht den Weg in seine selbständige Organisation findet, ist selbst schuld an seinem Elend.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr diesen Schiebern erklärt, daß er nicht in der Lage sei, ihrem Antrag stattzugeben. Jedoch möge er zunächst einen allgemeinen Aufschub für das Inkrafttreten der Verordnung bis zum 31. Januar 1928 bewilligen.

Für diejenigen Werte, die ferner einen weiteren Aufschub beantragen würden, bewillige er, um die Prüfung der einzelnen Anträge später zu ermöglichen, einen weiteren Aufschub mit Rücksicht auf den Ablauf des maßgebenden Tarifvertrages bis zum 31. März 1928. Ob über diesen Zeitpunkt hinaus ein Aufschub gewährt werden könne, hänge von der Entscheidung über die Einzelanträge ab.

## In Ostoberschlesien Achtstundentag!

Kattowitz, 28. Dezember. (IL.)

Entsprechend den Wünschen der oberschlesischen Gewerkschaft ist vom polnischen Arbeitsminister eine Verordnung erlassen worden, die den Achtstundentag in Ostoberschlesien vom 1. Januar 1928 ab in den Eisenhütten, Stahlwerken, Stahlgießereien, ferner bei Generatorenbetrieben, Feuertöpfereien, Zinkhütten und schließlich bei der Blei- und Silberhütte in Friedrichshütte wieder einführt. Die Hütten werden ferner in der Verordnung aufgefordert, bis zum 1. Februar 1928 dem Mobilmachungskommissar einen Plan vorzulegen, der die Ueberleitung der restlichen Betriebskategorien zum Achtstundentag spätestens bis 1. September 1928 regelt. In Ausnahmefällen soll dieser Termin bis zum 1. November 1928 verschoben werden. Die Betriebsräte der Hütten werden sich am Mittwoch mit dieser Verordnung befassen.

Eine Stilllegung der Betriebe ist offenbar noch nicht angekündigt. Diesen Trumpf haben die deutschen Schwerindustriellen ihren polnischen Kollegen allerdings vorweggenommen.

80 000 Arbeitslose in Dänemark werden jetzt gezahlt, nachdem die Zahl der Arbeitslosen im Laufe der letzten Woche um weitere 8000 Mann gestiegen ist.

In Oberschlesien ist die Zahl der Arbeitsjüngenden in der Weihnachtswoche um 8000 gestiegen und beträgt jetzt gegen 45 000.

380 Millionen Pfund Sterling wurden an Arbeitslosenunterstützung in der Zeit vom 1. Januar 1927 bis zum 10. Dezember in England gezahlt. Das will belagern, daß große Arbeitslosigkeit herrscht.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. G. Lehmann; Feuilleton: A. B. Böcher; Lokales und Sentenzen: Fritz Ruchardt; Anzeigen: Ed. Glöckl; Amtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 11.

Verlangen die Sonder-Angebote

Waschmaschinen  
Wäsche Rollen

Auch bis zu  
18 Monatsraten  
Raddatz & Co.  
Berlin, Leipziger Str. 122-123

### KÜCHEN

Küche Lettchen . . . 55 M. 90 M.  
Küche Christina m. Anr. 85 M. 135 M.

**RIESENAUSWAHL**  
roher, lackierter, lackierter, Küchenschrank, einz. Kleider- u. Küchenschranke  
in ca.  
**135 Mustern.**

### HIMMEL

Hauptgeschäft:  
Lothringer Str. 22, Schönhaus, Tor  
Filiale:  
Gr. Frankfurter Str. 40 am Strausberger Pl.

## Krankentassenwahl der Straßenbahner.

Am Donnerstag, dem 29. Dezember, in der Zeit von 9 bis 5 Uhr, erfolgen auf allen Bahnstationen und Dienststellen der Straßenbahn die Wahlen der Vertreter zur Betriebskrankentasse. Alle Arbeiter sind verpflichtet, zur Wahl zu gehen und die Liste 2, beginnend mit dem Namen Ball, zu wählen. Insbesondere ist es Pflicht jedes Straßenbahners, nur die Liste 2 zu wählen. Deutscher Verkehrsbund, Betriebsverwaltung Groß-Berlin, Deutscher Metallarbeiterverband und Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

## „Eine süße Bruchbude.“

Mit dieser Ueberschrift versehen, bringt die „Rote Fahne“ heute einen Bericht über die Verhältnisse in der Schokoladenfabrik von Max Hoffmann, Wilstr. 34. Es seien dort überwiegend junge Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren beschäftigt, der Stuhl funktioniere nicht, weshalb die Zweizehnerinfolge von jungen Männern vier Treppen hoch getragen werden müßten. Von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends werde gearbeitet bei Wochenlöhnen von 11 Mark. An alledem sind nur wieder die Sozialdemokraten schuld!

Der Betriebsrat ist nicht nur Sozialdemokrat, sondern verhält sich auch ausgezeichnet mit dem Unternehmer — was ja häufig vorkommen soll. Von der Erfüllung der geringsten Pflichten eines Arbeitervertreters nicht die Spur.

Dazu wird uns vom Demag mitgeteilt, daß Herr Max Hoffmann

den gesetzlichen Vorschriften, einen Arbeiterrat wählen zu lassen, bisher überhaupt nicht nachgekommen ist, so daß ein Arbeiter- oder Betriebsrat überhaupt nicht besteht. Die Behauptung der „Roten Fahne“, der Betriebsrat sei Sozialdemokrat, ist also eine glatte Unwahrheit. Dieser Schwindel aber macht die „süße“ Sache für ihre Leser wohl erst genießbar. Daneben wird der Zweck verfolgt, die jugendlichen Arbeiterinnen dem kommunistischen Jugendverband zuzuführen.

Die Verhältnisse in dem Betriebe von Max Hoffmann könnten natürlich nicht bestehen, wenn diese junge zusammengewürfelte Arbeiterkaste den Weg zur Gewerkschaft in größerer Zahl finden würde, als es bisher der Fall ist. Das weiß auch die „Rote Fahne“, und ihre „Arbeiterkorrespondenten“ sollten es ebenfalls wissen. Allein, die Agitation für den kommunistischen Jugendverband, in dem die Gewerkschaften heruntergerissen werden, wie es tagtäglich in der „Roten Fahne“ geschieht, geht ihnen über die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation.

## Für jeden Landstrich eine Extrawurst.

Das heißt, für die Unternehmer jedes einzelnen Industriezweiges. So hat die Unternehmerschaft der Siegener Eisenindustrie beim Reichsarbeitsminister beantragt, das Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Juli 1927 für die im Siegerland gelegenen Werke der Großhüttenindustrie „wegen der besonderen Notlage“ der hiesigen hüttenindustriellen auf einen Zeitraum von drei Jahren allgemein hinauszuschieben.

# Wenn Silvester die Gläser erklingen!



Weißwein		Rotwein		Bismarck	
1922er Oberhaardter	1.50	Sol d'Espagne . . . Fl.	1.35	Weinbrand (Verschnitt) Fl.	2.85
1922er Liebfraumilch	1.70	1925er Dürkheimer		Reiner Weinbrand Fl.	3.50
1922er Moselsohle	1.85	Feuerberg . . . . . Fl.	1.35	Ia Rum (Verschnitt) 40% Fl.	3.40
1922er Priestertropfen . . . . . Fl.	2.10	1917er Alikante . . . Fl.	1.60	Ia Arak (Verschnitt) . . Fl.	3.50
1921er Wintricher		1923er Bordeaux St.		Diverse Punsche . . . Fl.	3.50
Simonsberg . . . . . Fl.	2.20	Emilion . . . . . Fl.	1.90	D.v. feine Liköre Fl.	3.60
1920er Dürkheimer		1920er Burgunder Fl.	2.40	Fruchtsekt . . . . . Fl.	1.25
Feuerberg . . . . . Fl.	3.00	1921er Chateau La		Falsch u. feinstes	
Ananas mit Zucker . . . . . 1.60	0.90	Louviere . . . . . Fl.	2.80	Marken-Liköre	
ohne Zucker . . . . . 1.25	0.60	Birnen weiß, 1/2 Frucht	1.25	0.68	
Erdbeeren Ia	1.70	Pflaumen mit Stein	0.82	0.46	
Mirabellen Ia	1.30	Aprikosen	2.50	1.30	

Silvester-Scherzartikel  
Neujahrskarten  
in großer Auswahl, enorm billig

Bowlen, optisch

2 Liter	4 Liter	8 Liter
3.25	3.75	5.25

Bowlen, geschliffen

4 Liter	6 Liter	8 Liter
3.25	7.75	8.75

Syphonkannen komplett

1 Liter	2 Liter	3 Liter
2.75	3.25	3.95

Bowlentassen geschliffen . . . 0.58  
Bierbecher gemust. od. geschliffen 0.18  
Römer mit grünem Stiel, geschliffen 0.50, glatt . . . 0.28  
Weingläser gemustert 0.48, glatt 0.32

Große Auswahl in Ball- u. Luxuschuhen für Damen und Herren  
enorm preiswert!

# H. Joseph & Co

Neukölln Berlinerstr. 51-55.

Silber- oder Gold-Brokatshuhe in eleganter Ausführung

8.90